



Interviews

Datum: 28. Mai 2024

Sandra Schulz im Gespräch mit Armin Laschet, CDU-Außenpolitiker

Sandra Schulz: Letzter Tag des Staatsbesuches von Emmanuel Macron in Deutschland und am Telefon ist jetzt ein Kenner Frankreichs und der deutsch-französischen Beziehungen. Im vergangenen Jahr ist er mit der höchsten Auszeichnung Frankreichs geehrt worden, ist zum Kommandeur im nationalen Orden der französischen Ehrenlegion ernannt worden. Er ist Vorstandsmitglied der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung, CDU-Außenpolitiker im Bundestag, früherer NRW-Ministerpräsident, CDU-Chef und Kanzlerkandidat auch noch. Armin Laschet, schönen guten Morgen.

Armin Laschet: Guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Es war eine wirklich ungewöhnliche Geste, dass Emmanuel Macron gestern Teile seiner Rede auf Deutsch gehalten hat, eine sehr persönlich gehaltene Rede auch. Wie haben Sie diese Geste gelesen?

Laschet: Ja, das ist es. Es war eine wichtige Rede, finde ich, und was das Erfri-schende daran war, dass man noch mal mit Leidenschaft für das europäische Projekt geworben hat. Wenn man sich die Staats- und Regierungschefs ansonsten ansieht, hat man doch das Gefühl, dass diese Europaleidenschaft erloschen ist, dass nur noch Business as usual gemacht wird, und er hat das gestern verstanden zu erklä-ren, warum Europa wichtig ist, mit klaren Argumenten, gerichtet an die Jugend. Er hat die französischen Passagen noch leidenschaftlicher, weil er frei sprechen konnte, vorgetragen, aber auch die deutschen Passagen fand ich sehr eindringlich und sehr ermutigend.

Schulz: Auf der anderen Seite ist die Frage, wen oder was er damit erreicht. Er hat ja auch vor einem Rechtsruck gewarnt. In Frankreich selbst ist der extrem rechte Rassemblement National in Umfragen zumindest vor ihm. Jetzt vor der politischen

Konkurrenz zu warnen vor einem Publikum, das im Wesentlichen genauso denkt, ist das eventuell auch ein kleines bisschen wohlfeil?

Laschet: Nein, das sehe ich nicht so. Er hat gesprochen vom Wind des Autoritarismus, der durch Europa weht, und er hat diese rechtsextremen Infragestellungen des europäischen Projekts angesprochen. Er könnte jetzt vorsichtiger formulieren, er könnte versuchen, die Argumente aufzugreifen, er könnte sich anbieten an eine solche Stimmung, und er macht das Gegenteil. Er geht offensiv in die Argumentation, erklärt, warum der Weg falsch ist, erklärt, welchen Gefahren Europa ausgesetzt ist, und ich glaube, man kann auch so gewinnen. Wenn Sie Donald Tusk, den Premierminister von Polen, sich vor Augen führen, der hat in einem Land, das schon Züge dieses Autoritarismus hatte, in Polen trotzdem mit einem proeuropäischen Wahlkampf am Ende gewonnen, und wenn wir nicht so leidenschaftlich dieses Projekt verteidigen, dann wird es am Ende wirklich gefährdet oder, wie Macron gesagt hat, es besteht auch die Gefahr, dass es sterben wird, wenn sich keiner mehr für dieses Projekt einsetzt.

Schulz: Ich bin jetzt mal ein kleines bisschen böse. Wenn man sagt, Sie sprechen dieses leidenschaftliche Plädoyer an, wenn man sagt, ja gut, dass der Mann reden kann, das wussten wir im Prinzip schon, jetzt spricht er auch noch bewundernswert Deutsch. Stimmt die Bilanz bei den Taten denn auch?

Laschet: Ich denke, schon. Aber er kann in Europa so viel nur bewegen, wie er Partner findet, mit denen er etwas anstoßen kann. Ich denke, bei diesem Rat, der jetzt stattfindet, dieser Begegnung der beiden Kabinette - nach der Rede heute in Münster wird es ja nach Schloss Meseberg gehen -, da wird es vor allem um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehen. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der Bedrohungen in Europa wir nur bestehen können, wenn wir hier Kapazitäten zusammenlegen, enger zusammenarbeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, unabhängig davon, wie die amerikanischen Wahlen im November ausgehen. Aber wenn sie so ausgehen, wie manche befürchten, ist es dann fast ein wenig zu spät, um dann erst damit zu beginnen, neue Sicherheitskonzepte zu entwickeln. Deshalb: Wenn andere mitmachen, ist er der, der diese Bewegung anstoßen kann.

Schulz: Jetzt sind wir schon wieder bei der europäischen Diskrepanz zwischen der Erkenntnis auf der einen Seite und der Umsetzung, dem Handeln auf der anderen Seite, was Sie ansprechen. Das wusste ja schon Angela Merkel. Es gibt diesen berühmten Satz, wir müssen ein Stück weit unabhängiger werden von den USA nach der Trump-Wahl. Das ist jetzt schon einige Jahre her. Passiert das jetzt?

Laschet: Es passiert alles viel zu langsam. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist zum ersten Mal auf dem Gipfel in Köln 1999 formuliert worden. Das war nach den Erfahrungen des Balkan-Krieges, wo Europa nicht handlungsfähig war und erst die Amerikaner das Morden auf dem Balkan beendet haben. Das ist 25 Jahre her. Insofern kann man sagen, das geht alles sehr, sehr langsam. Es gibt viele nationale Interessen, die immer wieder vorgetragen werden, und auch die hat er gestern offen angesprochen und hat gesagt, wir müssen auf diese neuen Gefahren nicht nationalistisch reagieren und auch nicht nur nach Amerika gucken. Ich glaube, die Erkenntnis ist heute jedenfalls weiter verbreitet als vor 25 Jahren und jetzt geht es um die Umsetzung.

Schulz: Dass die Erkenntnis verbreitet ist, ich glaube, das bestreitet niemand. Sie sprechen gerade die 25 Jahre an. Mehr als anderthalb Jahrzehnte davon sind die Geschicke der deutschen Regierung in den Händen der CDU und von Angela Merkel gewesen, die ja auch Emmanuel Macron dezidiert hat abtropfen lassen auf seine erste Sorbonne-Rede. Schwingt da jetzt auch Selbstkritik mit bei Ihnen?

Laschet: Sie hatte es ja mit drei Präsidenten tun, erst mit Sarkozy, dann mit Hollande, am Ende mit Emmanuel Macron, drei total unterschiedliche Typen. Aber es betrifft jeden, der in den letzten 25 Jahren regiert hat, dass da nicht genug passiert ist.

Hinzu kommt allerdings noch: Wir müssen uns ja vor Augen führen, in dieser Zeit waren auch weltweite Krisen. Ich finde, Europa ist gut durch die Finanzkrise gemeinschaftlich gekommen. Dann war die Währungskrise rund um den Euro da. Dann kam die Flüchtlingskrise. Man hat diese sicherheitspolitischen Fragen lange Zeit nicht so prioritär behandelt, wie das heute der Fall ist. Und ob sie Macron hat abtropfen lassen, das würde ich mal nicht sagen. Er hat eine Rede in der Sorbonne gehalten und dann haben die beiden den Elysee-Vertrag erneuert, haben den Vertrag von Aachen 2019 unterzeichnet, der jetzt ganz konkret genau das aufschreibt, was zu tun ist bei

der Künstlichen Intelligenz, bei der Wissenschaftskooperation, auch bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das ist alles jetzt grundgelegt und muss jetzt umgesetzt werden. Insofern: Die Leidenschaft, die er hat, hatte sie vielleicht nicht so sehr. Die hat Olaf Scholz noch weniger. Aber nichts desto trotz müssen sich jetzt alle zusammensetzen, damit man wirklich konkret wird.

Scholz: Über die Skala müsste man sich sicherlich noch im Wesentlichen oder im Einzelnen streiten. Jetzt regiert in Deutschland, im deutschen Kanzleramt Olaf Scholz und wir waren die letzten Wochen und Monate im Wesentlichen damit beschäftigt, über deutsch-französische Differenzen zu sprechen, zum Beispiel in dieser Frage rund um die Ukraine-Unterstützung, dass Emmanuel Macron die Option, die mögliche Option, Bodentruppen zu entsenden, dezidiert nicht vom Tisch nehmen will. Olaf Scholz hat ziemlich klargemacht, für wie falsch und für wie gefährlich er das hält, und hat dort Rückendeckung von Ihnen bekommen – mit dem Ergebnis jetzt, dass sich eigentlich Wladimir Putin freuen kann über Sand im deutsch-französischen Getriebe und der Tatsache, dass er Gewissheit darüber hat, was manche Player jedenfalls auf gar keinen Fall wollen.

Laschet: Ja, das ist eine unterschiedliche Herangehensweise. Wenn das deutsch-französische Verhältnis funktionieren würde, wenn man erkennen würde, Macron und Scholz, da stimmt die Chemie zwischen den beiden, die haben genau die gleiche Zielrichtung auch für die europäische Politik, dann wären leichte Differenzen gar nicht so schlimm, dann hätte man unterschiedliche Akzente. Aber leider ist das nicht der Fall. Frankreich spricht nicht über mögliche Einsatzszenarien und deshalb lässt ...

An dieser Stelle bricht die Telefonleitung ab.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.